

GRÜNE MOBILITÄTSWENDE

MODERN, SICHER, SAUBER:
ZEIT, DASS SICH WAS DREHT!

GRÜNE ENERGIEWENDE

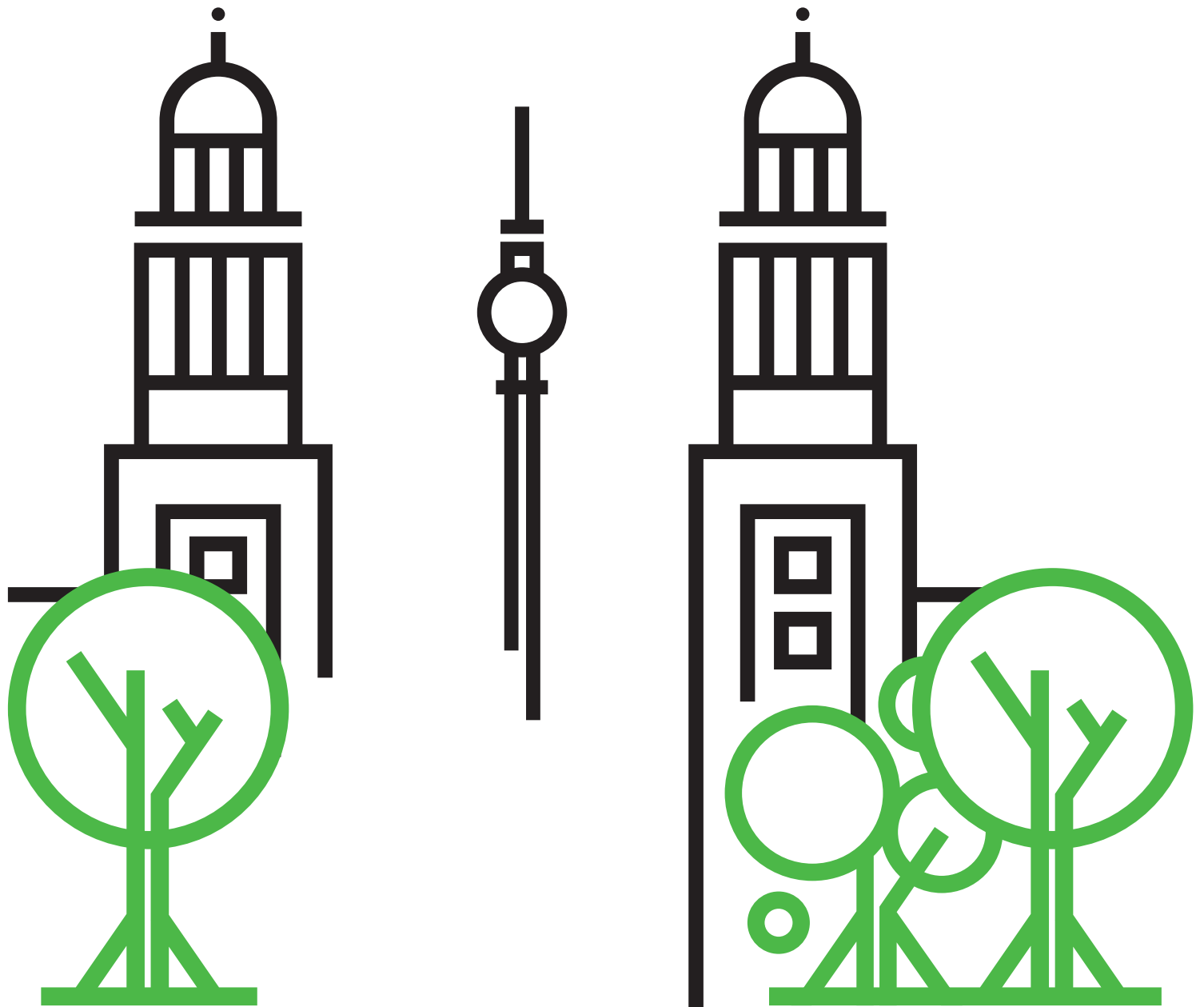
RAUS AUS DER KOHLE, REIN IN DIE
ERNEUERBAREN: BERLIN WIRD
KLIMANEUTRAL

GRÜNE ERNÄHRUNGSWENDE

GESUND, NACHHALTIG – UND LECKER:
WARUM GUTES ESSEN POLITISCH IST

2,5 JAHRE ROT-ROT-GRÜN – EINE HALBZEITBILANZ

BERLIN GRÜNT!



**ÜBER JAHRZEHNTE WURDE BERLIN
KAPUTT GESPART. MIT DEN FOLGEN
KÄMPFT DIE STADT BIS HEUTE. ABER
ROT-ROT-GRÜN HAT DAS RUDER
HERUMGERISSEN:**

**DIE KOALITION BAUT DIE STADT UM
UND MACHT BERLIN WIEDER FIT.
DAS GEHT NICHT VON HEUTE AUF
MORGEN. ABER DER ANFANG IST
GEMACHT.**

EDITORIAL



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin



Wir bauen Berlin um. Wir machen Berlin wieder fit. Mit diesem Ziel sind Bündnis 90/Die Grünen Berlin 2016 angetreten. Und dass Berlin umgebaut werden muss, ist offensichtlich: uralte U- und S-Bahn-Wagen, baufällige Schulen, eine heruntergewirtschaftete Verwaltung und ein viel zu kleiner städtischer Wohnungsbestand – nach Jahrzehnten des Kaputtsparens quietscht es an allen Ecken und Enden.

Berlin braucht deshalb eine Grunderneuerung. Die Hauptstadt muss für die Zukunft fit gemacht und grundlegend umgebaut werden, damit sie ihrer sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. In den letzten zweieinhalb Jahren hat die erste rot-rot-grüne Regierung in Berlin dafür die Weichen gestellt: Wir haben das Jahrzehnt der Investitionen eingeläutet.

Nun sind die ersten Erfolge sichtbar. Auf Termine im Bürgerbüro muss man nicht mehr wochenlang warten – die Aufstockung des Personals hat schnell zu spürbaren Entlastungen geführt. Auch die Investitionen in die Reinigung der Parks haben sich direkt bemerkbar gemacht: Die grünen Lungen der Stadt sind sauberer, schöner und grüner geworden und ein Quell der Erholung für Jung und Alt.

Natürlich kann es nicht überall so schnell gehen: Eine Verkehrsverwaltung, die Jahrzehnte lang die autogerechte Stadt geplant hat, so umzubauen, dass alle Verkehrsteilnehmer*innen fair berücksichtigt werden, funktioniert nicht von heute auf morgen. Doch auch hier sind wichtige Schritte gemacht: Wo früher zwei Mitarbeiter*innen den Radverkehr für die ganze Stadt stemmen sollten, gibt es inzwischen über 80 Menschen, die mit Leidenschaft die Verkehrswende vorantreiben. Das wird sich bald auch auf der Straße zeigen.

Fest steht: Nicht alles, was in Jahrzehnten kaputtgespart wurde, lässt sich auf Knopfdruck beheben. Und es gibt noch eine Menge zu tun. Aber der Anfang ist gemacht. Wir haben die nötigen Gelder bereitgestellt und wichtige Strukturveränderungen angestoßen. Jetzt kann der Umbau der Stadt richtig Fahrt aufnehmen!

SCHLUSS MIT KOHLE

BERLIN STEIGT AUS UND WIRD
BIS 2050 KLIMANEUTRAL

Letzten Sommer auch so viel geschwitzt? Kein Wunder: Die Temperaturen stiegen in Berlin bis auf 38 Grad. 2018 war das heißeste und trockenste Jahr seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen. Wetterextreme nehmen zu, die Folgen der Klimakrise sind weltweit zu spüren. Zeit, endlich zu handeln. Denn die Klimakrise hat massive Auswirkungen auf die Umwelt und zerstört die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier.

Berlin will deshalb bis zum Jahr 2050 vollständig klimaneutral werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg: Die rot-rot-grüne Koalition stellt die Energieversorgung im Land um. „Nur wenn wir konsequent und schnell auf Kohle und Gas verzichten, können wir die Klimakrise eindämmen“, sagt Regine Günther, grüne Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. „Berlin steigt deshalb um auf erneuerbare Energien und verabschiedet sich vom Klimakiller Kohle.“

Ein Teilziel ist bereits erreicht: Im Mai 2017 ging das Kohlekraftwerk Klingenberg vom Netz. Der dreckigste aller Brennstoffe – die Braunkohle – wird seitdem in Berlin nicht mehr verbrannt. Und das ist erst der Anfang. Auch mit der Steinkohle macht Berlin bald Schluss. Der Kohleblock C des Heizkraftwerks Reuter in Spandau wird bereits im Jahr 2020 ersetzt. Spätestens 2030 soll in Berliner Kraftwerken gar keine Steinkohle mehr verbrannt werden.

Dafür haben die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und der Energieerzeuger Vattenfall eine gemeinsame Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Besonders wichtig für die Koalition: Die Energieversorgung muss verlässlich und bezahlbar bleiben.

Der Kohleausstieg wird die CO₂-Emissionen in Berlin deutlich senken und so einen wichtigen Beitrag leisten, um die Berliner Klimaschutzziele zu erreichen. Außerdem reduziert er Emissionen von Feinstaub, Schwefeldioxid und Schwermetallen und schützt so die Gesundheit der Berliner*innen.

„Berlin kann vormachen, wie eine urbane Wärmewende gelingt“, sagt Regine Günther. „Damit werden wir Vorbild für andere Städte und zeigen: Der komplette Kohleausstieg bis spätestens 2030 ist in einer Millionenmetropole wie Berlin machbar, bezahlbar und bietet neue Chancen für die Stadt.“

✓ **KEINE ENERGIE AUS BRAUNKOHLE MEHR SEIT MAI 2017.**

✓ **KEINE ENERGIE AUS STEINKOHLE MEHR BIS SPÄTESTENS 2030.**

ENERGIE DER ZUKUNFT

ROT-ROT-GRÜN MACHT DAMPF
BEI DEN ERNEUERBAREN

Raus aus der Kohle heißt rein in die Erneuerbaren: Damit Berlin bis 2050 klimaneutral wird, hat die rot-rot-grüne Koalition nicht nur alle Hebel in Bewegung gesetzt, um so schnell wie möglich aus der Kohle auszusteigen. Sie sorgt auch dafür, dass die erneuerbaren Energien in der Hauptstadt deutlich ausgebaut werden.

„Auf die Bundesregierung können wir hier nicht warten“, erklärt Ramona Pop, grüne Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe. „Deshalb handeln wir in Berlin überall dort, wo wir selbst etwas bewirken können und nicht von der Bundesgesetzgebung abhängig sind.“

Weil Energie zur Grundversorgung gehört und keine Ware ist, aus der möglichst viel Profit geschlagen werden soll, legt Rot-Rot-Grün nicht nur Wert auf den Ausbau der Erneuerbaren, sondern sorgt auch dafür, dass Energie wieder kommunal bereitgestellt wird. Deshalb hat die Koalition die Berliner Stadtwerke entfesselt: Endlich können die Berliner*innen lokalen Ökostrom beziehen – und die Wertschöpfung bleibt in der Stadt; Gewinne werden vollständig in die sozial- und klimaverträgliche Umgestaltung der Berliner Energieversorgung reinvestiert.

Auch beim Thema Mieterstrom sind die Stadtwerke vorn mit dabei: Zusammen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben sie die Mieterstromplattform gegründet. Das Konzept ist einfach: Um preiswerte Öko-Energie für alle zugänglich zu machen, werden auf den Dächern Sonnenkraftwerke gebaut, deren Ökostrom die Mieter*innen in den Häusern kostengünstig beziehen können. So geht Energiewende vor Ort!

Da Berlin kaum Potenziale für Wind- oder Wasserkraft hat, ist Sonnenenergie die wichtigste Quelle für erneuerbare Energie – denn auf den Dächern der Stadt ist Platz genug für jede Menge Solarkraftwerke. 2.400 Hektar der Dachflächen, so viel wie rund 3.600 Fußballfelder, sind potentiell dafür geeignet. Hinzu kommen weitere Flächen wie die Häuserfassaden.

Bereits 2017 war Berlin – umgerechnet auf seine Fläche – Spitzenreiter beim Ausbau der Photovoltaik. Zahlreiche gesetzliche Regelungen auf Bundesebene behindern aber einen schnelleren und stärkeren Ausbau von Solaranlagen in der Stadt. Berlin hat daher eine Bundesratsinitiative eingebracht, um unnötige Beschränkungen aufzuheben. Nun muss die Bundesregierung liefern.

Um auch weiterhin die Potenziale gut zu nutzen, entwickelt die Senatsverwaltung für Energie, Wirtschaft und Betriebe den Masterplan SolarCity. Er konkretisiert die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele zum Ausbau der solaren Energieversorgung und plant die Umsetzung.

„Das Land Berlin hat sich im Energiewendegesetz ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt“, sagt Ramona Pop. „Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir die Energieproduktion stärker auf erneuerbare Energien umstellen. Dafür müssen wir die Vorteile der Solarenergie nutzen!“

Wichtige Partner beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Berlin sind Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Deshalb hat Ramona Pop den Wirtschaftsdialog Energie eingeleitet. „Wir brauchen klare Ziele und verlässliche Absprachen. Nur gemeinsam werden wir die große Herausforderung der Energiewende in Berlin stemmen können“, erläutert sie. „Deshalb haben wir auch die deutsche Gesellschaft für Solarenergie unterstützt, in Berlin ein Beratungszentrum aufzubauen. So wollen wir den Ausbau der Solarenergie beschleunigen und eine unabhängige und kompetente Beratung garantieren.“ Sowohl Bürger*innen als auch Unternehmen können sich dort von den Vorteilen der Solarenergie überzeugen.

Ramona Pop
grüne Bürgermeisterin und Senatorin für
Wirtschaft, Energie und Betriebe



Ob mit dem Stadtwerk, mit der Mieterstromplattform oder bei der Solarenergie – Rot-Rot-Grün zeigt in Berlin: Wenn Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten, kann die Energiewende gelingen.

WENN POLITIK, WIRTSCHAFT UND ZIVILGESELL- SCHAFT HAND IN HAND ARBEITEN, KANN DIE ENERGIEWENDE GELINGEN.

✓ **BERLINER STADTWERKE ENTFESSELT: LOKALER ÖKOSTROM FÜR DIE BERLINER*INNEN.**

✓ **MIETERSTROMPLATTFORM GEGRÜNDET.**

✓ **BERLIN SPITZENREITER BEI PHOTOVOLTAIK (FLÄCHENBEZOGEN).**

✓ **MASTERPLAN SOLARCITY ENTWICKELT.**

✓ **WIRTSCHAFTSDIALOG ENERGIE EINGELEITET.**

✓ **BUNDESRATSINITIATIVE ZUR EINBEZIEHUNG DER URBANEN ZENTREN IN DIE ENERGIEWENDE GESTARTET.**

ZEIT, DASS SICH WAS DREHT

GRÜNE MOBILITÄTSWENDE FÜR BERLIN: MODERN, SICHER, SAUBER

1.740 Fußballfelder – so viel Platz benötigen die in Berlin zugelassenen Kraftfahrzeuge fürs Parken. Aneinandergereiht, Stoßstange an Stoßstange, würden sie eine Schlange von 7.100 Kilometer Länge ergeben – ein Autokorso von Berlin bis fast nach Peking.

Der Autoverkehr nimmt in Berlin einen großen Teil des öffentlichen Raums ein. Dabei nutzen die meisten Berliner*innen andere Möglichkeiten, um von A nach B zu kommen. Rund 44 Prozent aller Wege werden zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt, 27 Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Rund die Hälfte aller Haushalte in Berlin verfügt über keinen eigenen Pkw. Mit 324 Autos pro 1000 Einwohner ist die Motorisierungsrate der Berliner Bevölkerung eine der niedrigsten aller deutschen Großstädte – und sie nimmt immer weiter ab. Dagegen kommen auf 1.000 Einwohner 721 Fahrräder. Auch der öffentliche Nahverkehr hat in Berlin immer mehr Zulauf. 2017 stellte die BVG einen Rekord von über eine Milliarden Fahrgästen auf – mehr als 2,9 Millionen Fahrten pro Tag.

BERLINS ÖFFENTLICHER RAUM IST WERTVOLL UND MUSS GERECHT VERTEILT WERDEN.

In der Verteilung des öffentlichen Raums spiegeln sich diese Zahlen aber derzeit nicht wider. Das Leitbild der autogerechten Stadt bestimmte viel zu lang die Berliner Verkehrspolitik. Die Folgen sind jeden Tag zu spüren: Dauerstaus, Luftverschmutzung, schwere Verkehrsunfälle und Lärm gehören wie selbstverständlich zum Stadtbild. Das soll sich nun ändern.

„Berlins öffentlicher Raum ist wertvoll und muss gerecht verteilt werden“, sagt Regine Günther, grüne Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Mangels Fläche geht das zwangsläufig zu Lasten des Autos. Denn für mehr sichere Radstreifen, schnellere Busspuren oder breitere Fußwege ist nur Platz, wenn Fahrspuren und Parkplätze für den Autoverkehr entfallen.

„Davon profitieren langfristig alle Verkehrsteilnehmer*innen“, so Regine Günther. „Je mehr Menschen auf Bus, Bahn oder Fahrrad umsteigen, desto schneller kommen auch die voran, die auf das Auto angewiesen sind.“ Dazu zählen etwa ältere oder gehbehinderte Menschen, Krankenwagen oder der Wirtschaftsverkehr.

BERLIN BRAUCHT EINE MOBILITÄTSWENDE!

Um Berlin mobiler, sicherer und klimafreundlicher für alle zu machen, hat der grüne Senat für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Deutschlands erstes Mobilitätsgesetz erarbeitet. „Wir müssen schon heute das Berlin von morgen und übermorgen denken und die Weichen dafür stellen“, sagt Regine Günther. „Mit dem Mobilitätsgesetz wird Berlin zur Vorreiterin und legt die Grundlagen für die Mobilität der Zukunft in einer wachsenden Metropole.“

Das Gesetz wurde in einem transparenten und öffentlichen Verfahren in direktem Dialog mit der Stadtgesellschaft, mit Bürgerinitiativen, Verbänden und Parteien, Fraktionen und Bezirken entwickelt. Die Impulse für den Radverkehrsteil kamen insbesondere über den „Volksentscheid Fahrrad“, aber auch vom ADFC, vom BUND und vielen anderen.

Regine Günther
grüne Senatorin für Umwelt,
Verkehr und Klimaschutz



Das Gesetz besteht aus mehreren Bausteinen und betrachtet dabei alle Verkehrsmittel. Die ersten drei Bausteine wurden bereits vom Abgeordnetenhaus beschlossen und widmen sich dem Paradigmenwechsel von der autogerechten zur menschengerechten Stadt, dem ÖPNV und dem Radverkehr. Nun folgen die Bausteine zu Fußverkehr und Intelligenter Mobilität wie Carsharing und Digitalisierung sowie zum Wirtschaftsverkehr.

VOM GESETZ AUF DIE STRASSE: IN BERLIN BEWEGT SICH WAS

Die gesetzliche Grundlage hat Rot-Rot-Grün geschaffen. Jetzt geht es darum, die Mobilitätswende auch auf die Straße zu bekommen. In der Senatsverwaltung und in den Bezirken wird auf Hochtouren an der Umsetzung gearbeitet. Es wird getüftelt, geplant – und an vielen Stellen schon gebaut.

In der Holzmarkstraße in Berlin-Mitte wurde im Herbst 2018 der erste geschützte Radstreifen eröffnet. Der 3,5 Meter breite, grün eingefärbte Radweg ist mit Pollern gegen den motorisierten Verkehr abgesichert. Das schützt Radfahrer*innen, die jetzt schon auf der Straße sind, und macht den Umstieg vom Auto aufs Rad attraktiver.

In Zukunft wird es solche geschützten Radstreifen in ganz Berlin geben. An der Hasenheide und am Dahlemer Weg hat der Umbau bereits begonnen, weitere Strecken sind in Planung. Auch bestehende Radwege werden grün markiert und dadurch besser sichtbar – ein schneller und unkomplizierter Weg, um Berlins Straßen sicherer zu machen.

MEHR SICHERHEIT FÜR ALLE VERKEHRSTEILNEHMER*INNEN

36 Verkehrstote gab es allein im Jahr 2017 in der Stadt, meist Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Die häufigsten Unfallursachen sind Abbiegefehler und Nichtbeachten der Vorfahrt. Deshalb baut Rot-Rot-Grün die gefährlichsten Kreuzungen um – elf bereits im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes, weitere 20 im Jahr darauf und 30 im Jahr 2020/21.



Darüber hinaus sollen alle landeseigenen Fahrzeuge mit sogenannten Abbiegeassistenten ausgestattet werden. „Diese Technik kann Leben retten“, sagt Regine Günther. Damit auch Unternehmen schnellstmöglich ihre LKW und Busse mit dem Abbiegeassistenten nachrüsten, unterstützt Rot-Rot-Grün sie mit einem Förderprogramm in Höhe von zwei Millionen Euro.

Auch die Berliner Fußwege werden sicherer und barrierefreier. Im Doppelhaushalt 2018/19 stellt Rot-Rot-Grün zwölf Millionen Euro für die Sanierung der Bürgersteige zur Verfügung. Stolperfallen sollen der Vergangenheit angehören und auch Menschen mit Rollstuhl oder Kinderwagen besser von A nach B kommen.

Überall in der Stadt sprießen außerdem neue Abstellmöglichkeiten für Fahrräder aus dem Boden. 1.200 Fahrradbügel haben die Bezirke 2017 auf die Straße gebracht, im Jahr 2018 waren es sogar 5.200. So soll es im nächsten Jahr weitergehen.

ZEIT, DASS SICH WAS DREHT: VOLLE FAHRT VORAUSS FÜR DEN ÖPNV

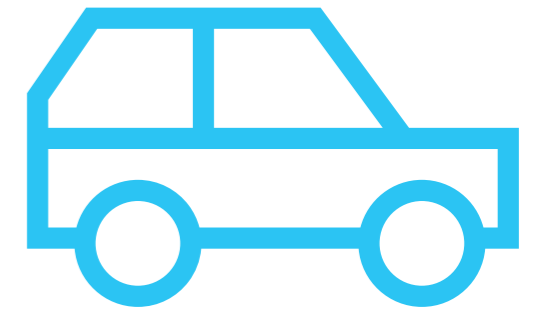
Nicht nur beim Rad- und Fußverkehr bewegt sich was in Berlin, auch der öffentliche Nahverkehr soll deutlich besser werden. Die jahrelange Sparpolitik hat Spuren hinterlassen. Viele Züge haben 30 Jahre und mehr auf dem Buckel. Rot-Rot-Grün nimmt jetzt Geld in die Hand, um den ÖPNV zum Laufen zu bringen. Das Straßenbahnnetz wird stark ausgebaut. Zurzeit laufen die letzten Vorbereitungen für die Strecken Turmstraße, Adlershof und Ostkreuz sowie die Beteiligungsrunden in Mahlsdorf. Weitere Strecken in ganz Berlin sind geplant.

Außerdem wird die Taktung von Straßen-, U- und S-Bahn-Linien in den nächsten Jahren weiter verdichtet. Die Ringbahn soll in Zukunft zuverlässig alle fünf Minuten fahren, U-Bahnen sogar alle 3,3 Minuten, Busse und Trams mindestens alle 10 Minuten. Auch Berliner*innen außerhalb des S-Bahn-Rings sollen besser angebunden werden. Dafür kauft Rot-Rot-Grün hunderte neue S- und U-Bahn-Waggons.

„MOBILITÄT DARF KEINE FRAGE DES GELDBEUTELS SEIN“

Für die Beschaffung der S-Bahn-Wagen gibt es in Zukunft ein wettbewerbliches Verfahren. Berlin wird einen landeseigenen Fahrzeugpool aufbauen. Seit Dezember 2017 fährt die S-Bahn außerdem zu 100 Prozent mit Ökostrom. Auch die Bus-Flotte soll umweltfreundlicher werden: Bis 2030 werden alle rund 1.300 Dieselbusse durch E-Busse ersetzt, die mit sauberem Strom aus Wind und Sonne fast geräuschlos durch die Stadt fahren. Im März werden die ersten 30 E-Busse geliefert.

Und auch beim Preis packt Rot-Rot-Grün an. „Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein“, sagt Regine Günther. Schon 2017 hat die Koalition deshalb den Preis für das Sozialticket von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Außerdem haben jetzt mehr Berliner*innen Anspruch auf das Ticket: Neben Menschen mit Berlinpass fahren in Zukunft auch Empfänger*innen von Wohngeld sowie von SED-Opferrenten zum vergünstigten Preis.



Ab dem Schuljahr 2019/20 können alle Schüler*innen Bus, Bahn und Tram sogar komplett kostenlos nutzen. Langfristig soll eine Kommission das gesamte Tarifgefüge überarbeiten und auch die grüne Vision eines Barentickets – also eines umlagefinanzierten ÖPNV – untersuchen. Die regulären Ticketpreise werden bis dahin eingefroren.

VON DER AUTOGERECHTEN STADT ZUR STADT FÜR ALLE

Das Berliner Mobilitätsgesetz bildet die Grundlage für tiefgreifende Veränderungen in der Stadt, die dringend notwendig sind. Wer die Mobilität des 21. Jahrhunderts gestalten will, muss die Konzepte der Vergangenheit hinter sich lassen.

Mit dem Mobilitätsgesetz wird Berlin endlich von der autogerechten Stadt zur Stadt für alle. Das passiert nicht von heute auf morgen. Aber Rot-Rot-Grün hat das Ruder herumgerissen. Jetzt kann die Mobilitätswende richtig Fahrt aufnehmen!

- ✓ **MOBILITÄTSGESETZ VERABSCHIEDET.**
- ✓ **ERSTER GESCHÜTZTER RADSTREIFEN ERÖFFNET, WEITERE IN BAU UND PLANUNG.**
- ✓ **11 GEFÄHRLICHE KREUZUNGEN 2018/19 UMGEBAUT, 20 FOLGEN 2019/20, 30 IM JAHR 2020/21.**
- ✓ **FÖRDERUNG VON ABBIEGEASSISTENTEN.**
- ✓ **12 MILLIONEN EURO FÜR SANIERUNG DER BÜRGERSTEIGE.**
- ✓ **1.200 FAHRRADBÜGEL 2017 ERRICHTET, 5.200 IM JAHR 2018, WEITERE GEPLANT.**
- ✓ **AUSBAU DES STRASSENBAHNNETZES.**
- ✓ **VERBESSERUNG DER TAKTUNG VON STRASSEN-, U- UND S-BAHN-LINIEN.**
- ✓ **AUFBAU EINES EIGENEN S-BAHN-FAHRZEUGPOOLS.**
- ✓ **GÜNSTIGERES SOZIALTICKET UND KOSTENLOSES SCHÜLERTICKET.**

GRÜN STATT GRAU

NUR EINE GRÜNE STADT
IST AUCH EINE
LEBENSWERTE STADT

Berlin wächst. Immer mehr Menschen leben in der Stadt und wollen wohnen, arbeiten und sich fortbewegen. Damit Berlin lebenswert bleibt, braucht die Stadt aber nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen, sondern auch gute Luft, sauberes Wasser und Räume zur Erholung. Berlin muss grün wachsen!



Mit großen und kleinen Parks, den einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, zahlreichen Gärten und privat begrüneten Oasen gehört Berlin zu den grünsten Städten weltweit. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz entwickelt derzeit ein Konzept, um dieses urbane Grün zu sichern und zu fördern: die Charta für das Berliner Stadtgrün. Auf www.meingruenes.berlin.de können sich alle Berliner*innen daran beteiligen. Außerdem investiert Rot-Rot-Grün 2018 und 2019 insgesamt 8 Millionen Euro für eine bessere Baumpflege, für Baumschutz und Neuanpflanzungen. Das Ziel: Für jeden Baum, der gefällt wird, wird mindestens ein neuer gepflanzt. Wer in der Hauptstadt neu baut, muss in Zukunft dafür Sorge tragen, dass das, was an Natur vernichtet wird, woanders wieder entsteht – durch neue Parks, Dach- und Fassadenbegrünungen und zusätzliche Nistplätze für Vögel und Insekten. Außerdem hat Rot-Rot-Grün das Ökokonto eingeführt, das es der Stadt Berlin ermöglicht, schon im Voraus von Neubauten neue Grünanlagen zu schaffen.

Grüne Oasen wie das Tempelhofer Feld oder die Elisabeth-Aue sind für die Grünen keine Bauflächen, sondern die Lunge einer lebenswerten Stadt. Unter Rot-Rot-Grün bleiben diese wichtigen Grünflächen erhalten. Auch die Kleingartenanlagen auf landeseigenen Flächen wurden auf grüne Initiative gerettet und sind bis mindestens 2030 sicher.

Der Zugang zu Stadtgrün ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist es oft der einzige Naherholungsort. Eine ökologisch und grün entwickelte Stadt kann außerdem die Folgen des Klimawandels und extreme Wetterereignisse lindern. Kühnende Grünflächen, Schatten spendende Bäume und erfrischende Wasserbrunnen sind deshalb nicht nur angenehm, sondern lebensnotwendig in der sich erhitzenden Stadt. Parks und Grünanlagen bieten aber nur dann Erholung und mehr Lebensqualität, wenn sie sauber sind. Dafür werden die Bezirke finanziell unterstützt und die Ordnungsdienste personell verstärkt. So wächst Berlin grün!

EIN LEBEN OHNE MÜLL IST MÖGLICH

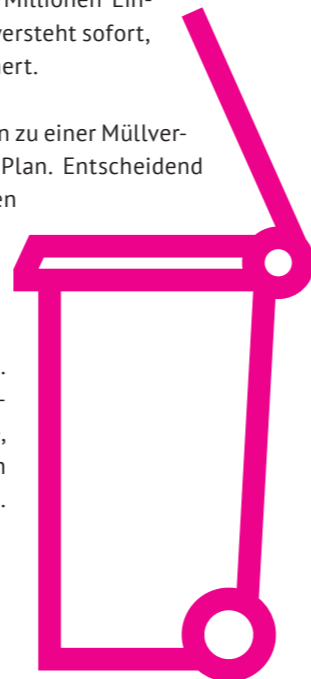
ROT-ROT-GRÜN BAUT BERLIN
ZUR ZERO-WASTE-STADT UM

Wer die Welt retten will, der muss den Müll verringern. Ob Plastik in den Meeren, die rasant wachsenden Müllberge weltweit oder die Gifte, die durch die Müllverbrennung freigesetzt werden – wenn die Welt nicht schonender mit ihren Ressourcen umgeht, ist an einen erfolgreichen Umwelt- und Klimaschutz nicht zu denken. Berlin will hier seine Verantwortung wahrnehmen. Deshalb baut die rot-rot-grüne Koalition die Stadt sukzessive zur Zero-Waste-Stadt um.

„Noch hinterlässt jede Berliner*in und jeder Berliner 225 Kilogramm Restmüll pro Jahr. Das ist zu viel, das müssen wir reduzieren“, sagt Ramona Pop, Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Aufsichtsratsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR). „Die Einführung der flächendeckenden Biotonne ist dabei ein entscheidender Schritt.“ Denn noch immer landen rund 40 Prozent des Berliner Biomülls in der Restmülltonne. Durch die Bereitstellung einer Biotonne in jedem Haushalt kann dies drastisch reduziert werden.

Doch auch mit anderen Maßnahmen geht Berlin voran. So werden hunderte von Trinkwasserbrunnen aufgestellt, damit überall kostenlos Wasser nachgefüllt werden kann, statt neue Plastikflaschen zu kaufen. Und Berlin hat ein Pfandsystem für Kaffee-Mehrwegbecher eingeführt, damit man den Kaffee morgens bei seinem Bäcker kaufen und den Becher vor der Arbeit am Kiosk wieder abgeben kann. Das mag auf den ersten Blick wie ein kleines Projekt klingen. Wer aber weiß, dass in Berlin jährlich 175 Millionen Einweg-Becher weggeschmissen werden, versteht sofort, welches Einsparpotential hier schlummert.

Und auch der weitere Umbau der BSR hin zu einer Müllvermeidungsagentur steht groß auf dem Plan. Entscheidend wird in Zukunft sein, Müll zu vermeiden – und wenn das nicht möglich ist, ihn entweder wieder zu nutzen oder zumindest zu recyceln. Denn was der eine nicht mehr benutzt, kann die andere vielleicht gerade gut gebrauchen. Daher wird Berlin auch ein Gebrauchtwarenhaus einrichten, in dem Produkte, die eigentlich weggeschmissen werden sollten, günstig weiterverkauft werden. So wird Berlin zur Zero-Waste-Stadt!



Der Rechtsstaat ist ein kostbares Gut und eine unschätzbare zivilisatorische Errungenschaft. Das zeigt sich gerade in Ländern, in denen autoritäre Politik Rechtsstaatlichkeit verhindert, aushebelt und die Justiz willfährig macht. Nur ein starker Rechtsstaat, der die Bürgerrechte immer im Blick hat, gewährleistet Freiheit und Sicherheit.

Doch den Rechtsstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Die Berliner Justiz wurde viel zu lang auf Verschleiß gefahren. Damit ist jetzt Schluss: Rot-Rot-Grün packt das Problem an und bringt den Rechtsstaat wieder zum Laufen. Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 hat die Koalition die größte personelle Verstärkung der Berliner Justiz seit 25 Jahren geschafft. Über 247 zusätzlichen Stellen und mehr Ausbildungskapazitäten sorgen für eine effektive Justiz und damit für mehr Gerechtigkeit in der Stadt.

„Für Berlin ist es zentral, dass wir Staatsanwaltschaft, Gerichte und den Justizvollzug besser ausstatten“, erklärt der grüne Justizsenator Dr. Dirk Behrendt. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 100 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt. Auch in der Rechtspflege, bei den Serviceeinheiten und in den Wachtmeistereien wurde aufgestockt. Darüber hinaus bekam das Verwaltungsgericht noch einmal Personal, um insbesondere die Asylverfahren zu bewältigen.

Auch im Justizvollzug hat die Sparpolitik des Vorgängers tiefe Wunden in die Personalausstattung gerissen. Knapp 200 Stellen sind derzeit unbesetzt. Unter Rot-Rot-Grün wird endlich wieder ausgebildet und eingestellt. Über 300 Teilnehmende in 14 Lehrgängen sind aktuell in Ausbildung. Mit den Absolvent*innen der Lehrgänge im Jahr 2018 folgt nun nach und nach die Besetzung der freien Stellen. „Die neuen Kräfte werden dringend erwartet“, sagt Dirk Behrendt. „Nur mit gutem Personal können wir die Inhaftierten dazu befähigen, nach ihrer Entlassung ein Leben ohne Straftaten zu führen.“

Ein besonderer Schwerpunkt der rot-rot-grünen Koalition ist der Kampf gegen die organisierte Kriminalität in Berlin. Hier setzt die Justizverwaltung auf neue Wege. Zum 1. Juli 2017 ist das Gesetz zur Reform der Vermögensabschöpfung in Kraft getreten. Damit geht die Berliner Justiz der organisierten Kriminalität jetzt ans Geld. Im Dezember hat die Abteilung für Vermögensabschöpfung ihre Arbeit bei der Staatsanwaltschaft Berlin aufgenommen. Die Spezialabteilung dient dem Ziel, die 2017 geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

„Mit der Abschöpfung ihrer Vermögen treffen wir viele Täter härter als durch eine Haftstrafe“, erklärt Dirk Behrendt. „Das geht weit über die organisierte Kriminalität hinaus. Hier geht es auch um Raub, Betrug und Unterschlagungsdelikte.“

Aber Rot-Rot-Grün schaut nicht nur auf die Täter*innen. Auch der Opferschutz wurde deutlich gestärkt. „Der Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 hat gezeigt, dass wir die Sicht und Bedürfnisse der Betroffenen noch stärker in den Blick nehmen müssen“, sagt Dirk Behrendt. Mit der Zentralen Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen hat Berlin als erstes Bundesland eine feste Struktur geschaffen, die umgehend für die Betroffenen da ist.

Auch vor Gericht müssen Opfer von Verbrechen oftmals schwere Stunden noch einmal durchleben. Mit dem Berliner Ausführungsgesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren, das im März 2017 in Kraft getreten

ist, sorgt die Koalition dafür, dass die Opfer dabei besser professionell begleitet werden.

Berlin muss seinen Bürger*innen Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit garantieren. Das geht nur, wenn der Rechtsstaat funktioniert. Rot-Rot-Grün hat dafür die Weichen gestellt: Nach Jahren des Kaputtsparens hat das Jahrzehnt der Investitionen begonnen.

- ✓ **HAUSHALT MIT DER GRÖSSTEN PERSONELLEN VERSTÄRKUNG DER BERLINER JUSTIZ SEIT 25 JAHREN: 247 ZUSÄTZLICHE STELLEN.**
- ✓ **WEITERER AUSBAU DER AUSBILDUNGSKAPAZITÄTEN.**
- ✓ **2018: 100 NEUE RICHTER*INNEN UND STAATSANWÄLT*INNEN EINGESTELLT.**
- ✓ **KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT GESTÄRKT: NEUE ABTEILUNG FÜR VERMÖGENSABSCHÖPFUNG.**
- ✓ **ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR BETROFFENE VON TERRORANSCHLÄGEN UND GROSSCHADENSEREIGNISSEN GESCHAFFEN.**
- ✓ **OPFERSCHUTZ GESTÄRKT: PSYCHOSOZIALE PROZESSBEGLEITUNG.**

STARKE JUSTIZ FÜR BERLIN

ROT-ROT-GRÜN BRINGT
DEN RECHTSSTAAT
ZUM LAUFEN



Dr. Dirk Behrendt
grüner Senator für Justiz,
Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung

GESUND, NACHHALTIG – UND LECKER!

WARUM GUTES ESSEN POLITISCH IST

Jetzt mal Butter bei die Fische: Was uns täglich auf den Teller kommt, muss natürlich lecker schmecken. Das ist klar wie Kloßbrühe. Aber Geschmack ist nicht alles: Bündnis 90/Die Grünen Berlin kämpfen für gutes Essen ohne Gift und Gentechnik. Nicht nur lecker soll es sein, sondern auch gesund, regional und nachhaltig.

Auf grüne Initiative fand das Thema Ernährungspolitik 2016 prominenten Eingang in die rot-rot-grüne Koalitionsvereinbarung. Das Ziel: Berlin will den Absatz von regionalen, saisonalen, und biologisch produzierten Lebensmitteln deutlich erhöhen. Gleichzeitig sollen Lebensmittelverschwendung und -verluste stark reduziert werden.

Um die Ernährung in Berlin zukunftsfit und nachhaltig zu gestalten, erarbeitet die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung derzeit eine umfassende Ernährungsstrategie.

Dabei kocht die Koalition nicht nur ihr eigenes Süppchen: „Wir haben 2018 einen breiten Beteiligungsprozess eingeleitet, um gemeinsam mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Ernährungswirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung einen Aktionsplan zu entwickeln“, erklärt Dr. Dirk Behrendt, grüner Senator für Verbraucherschutz.

Ein erster Schritt auf diesem Weg ist das „Zentrum für gute Gemeinschaftsverpflegung“: Nach dem Vorbild von Kopenhagens „House of Food“ wird in Berlin ein Ort entstehen, wo Vernetzung, Wissen und Austausch zum Thema „Gutes Essen“ gesammelt und ausgebaut werden. So will die Koalition den Anteil an Bio-Essen in Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und beim Catering in öffentlichen Einrichtungen bis zum Jahr 2021 deutlich erhöhen.

In Kopenhagen ist das Konzept bereits erfolgreich: Der Bioanteil in den öffentlich bewirtschafteten Kantinen liegt dort bei rekordverdächtigen 90 Prozent. Berliner Kantinen sind von diesem Wert weit entfernt. Das soll sich nun ändern.

Weitere Schwerpunkte der Ernährungsstrategie: die Bildung regionaler Wertschöpfungskreisläufe und -netzwerke, stadtnahe Landwirtschaft und Urban Gardening sowie die Etablierung von „Lebensmittelpunkten“ auf Bezirksebene. Auch die Ernährungsbildung soll verbessert und Angebote ausgebaut werden.

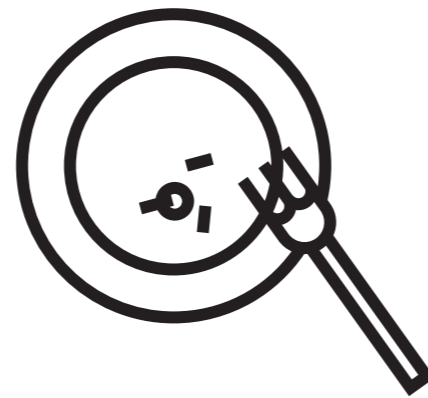
Ab dem kommenden Schuljahr essen außerdem alle Berliner Schüler*innen von der 1. bis zur 6. Klasse kostenlos. „Kein Kind soll bei uns hungrig lernen“, sagt Dirk Behrendt. „Wichtig ist für uns Grüne aber, dass das Schulessen nicht nur gratis ist, sondern auch gesund und lecker.“

Darüber hinaus sagt Rot-Rot-Grün der Lebensmittelkriminalität den Kampf an, um die Berliner Verbraucher*innen zu schützen. Mit Manipulationen an Lebensmitteln erzielen Kriminelle Gewinne, die mit dem Drogengeschäft vergleichbar sind. Sonnenblumenöl wird eingefärbt und als Olivenöl verkauft, Garnelen zur Gewichtserhöhung mit Gel aufgespritzt oder preiswerter Fisch als hochpreisiger Edelfisch verkauft. Millionen Verbraucher*innen werden getäuscht. Nach Schätzungen entsteht ein Schaden in Milliardenhöhe. „Um Lebensmittelkriminalität wirksam zu bekämpfen, muss die Zusammenarbeit aller Behörden auf Bundesebene verbessert werden“, erklärt Dirk Behrendt. „Wir brauchen ein Netzwerk aus Lebensmittelüberwachung, Polizei, Staatsanwaltschaft und Zoll.“

WAS AUF DEN TISCH KOMMT, GEHT UNS ALLE AN.

Essen ist politisch. Was auf den Tisch kommt, geht uns alle an. Mit Messer und Gabel stimmen wir täglich darüber ab, was uns nachhaltiges und leckeres Essen wert ist – und was wir von Tierleid, Gentechnik, Glyphosat und Co. halten. Mit Rot-Rot-Grün wird Berlin zur Hauptstadt für gute Ernährung: nachhaltig, gesund und lecker.

- ✓ **ERNÄHRUNGSSTRATEGIE FÜR NACHHALTIGES UND LECKERES ESSEN IN BERLIN.**
- ✓ **NEUES ZENTRUM FÜR GUTE GEMEINSCHAFTSVERPFLEGE FÜR VERNETZUNG, WISSENSSAMMLUNG UND AUSTAUSCH.**
- ✓ **MEHR REGIONALES BIO-ESSEN FÜR KITAS, KRANKENHÄUSER UND CO.**
- ✓ **KOSTENLOSES, QUALITATIV HOCHWERTIGES MITTAG-ESSEN FÜR ALLE BERLINER SCHÜLER*INNEN.**
- ✓ **KAMPF GEGEN LEBENSMITTELKRIMINALITÄT.**



MIETENWAHNSINN STOPPEN

WOHNUNGEN ZUM WOHNEN – STATT ZUM SPEKULIEREN

Wo und wie jemand wohnen kann, ist in Berlin über die letzten Jahre zu der zentralen sozialen Frage geworden. Älteren Menschen reicht ihre Rente nicht mehr aus, um die Miete zu begleichen. Junge Familien finden keine Wohnungen mehr, die groß genug sind, um sie mit zwei oder mehr Kindern zu bewohnen. Und selbst Durchschnittsverdiener*innen haben kaum noch die Möglichkeit, innerhalb der Stadt zu akzeptablen Preisen etwas Neues zu finden.

Das können und wollen Bündnis 90/Die Grünen Berlin nicht einfach tatenlos hinnehmen. Und auch wenn ein Umbruch in der Wohnungspolitik viel Kraft und Zeit kostet und vor allem bundespolitische Gesetze maßgeblich sind, hat Rot-Rot-Grün in Berlin schon einiges auf den Weg gebracht.

BERLIN WIRD ZUM STARKEN AKTEUR AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Eine zentrale Leitlinie ist dabei, dass Berlin wieder zu einem starken Akteur auf dem Wohnungsmarkt wird. „Es ist entscheidend, dass möglichst viele Wohnungen durch gemeinwohlorientierte Anbieter angeboten werden – seien sie nun städtische oder Genossenschaften“, sagt Katrin Schmidberger, Mitglied im Abgeordnetenhaus und wohnungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. „Nach Wiener Vorbild wollen wir langfristig sogar mehr als die Hälfte des Wohnungsmarktes gemeinwohlorientiert ausrichten. Nur so können wir wieder steuernd auf die Mietpreise Einfluss nehmen.“

Dafür hat Rot-Rot-Grün schon einiges in die Wege geleitet. So werden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften innerhalb von fünf Jahren 30.000 Wohnungen neu bauen und mindestens 10.000 kaufen. Gerade auf Druck und Vorbild der grünen Bau-Stadträt*innen in den Bezirken wurde das Instrument des Vorkaufsrechtes zu einem schlagkräftigen Mittel gegen Spekulation ausgebaut.

Mit dem Vorkaufsrecht kann der Bezirk ein Mietshaus, das an einen privaten Investor verkauft werden soll, erwerben und so dem privaten Markt entziehen. Das geht auch zugunsten Dritter, etwa für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Bereits bei 28 Häusern ist dies gelungen. Teilweise reichte schon die Androhung, das Vorkaufsrecht zu ziehen. Über 2.500 Wohnungen wurden so dauerhaft gesichert. Und es werden noch viele weitere folgen, wie das Beispiel Karl-Marx-Straße gerade zeigt.

Außerdem hat Rot-Rot-Grün dafür gesorgt, dass künftig 60 statt 55 Prozent der bestehenden und 50 statt 30 Prozent der neu gebauten Wohnungen an einkommensschwache Haushalte und Familien mit Wohnberechtigungsschein vermietet werden.

DEN KIEZ RETTEN

Ebenso wichtig ist es, die derzeitigen Mieter*innen aktiv zu schützen. Auch hier tut sich was: So hat Rot-Rot-Grün Mietsteigerungen bei landeseigenen Wohnungen auf maximal zwei Prozent begrenzt, in den Bezirken werden kostenlose Mieterberatungen finanziert und für Menschen mit geringen Einkommen gibt es ab Anfang 2019 sogar einen kostenlosen Rechtsschutz. Außerdem hat sich die Anzahl der Milieuschutzgebiete seit 2016 fast verdoppelt.

Auch die Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotest ist ein entscheidender Hebel, um die Kieze vor Ort zu retten. Die Maxime dabei: Wohnungen sind zum Wohnen da! Was auf den ersten Blick banal klingt, muss in Berlin immer häufiger durchgesetzt werden: Illegale Ferienwohnungen, spekulativer Leerstand oder sogar der Abriss von Wohnungen entziehen nach wie vor zu viele Wohnungen ihrem eigentlichen Zweck und treiben so die Mietpreise nach oben.

Durch härtere Regeln, härtere Strafen und auch durch mehr Personal in den Bezirken bekommt nun „der Schutz von Wohnraum zum Wohnen höchste Priorität“, wie es Katrin Schmidberger formuliert.

VIEL HILFT VIEL

Um den Wohnungsmarkt in Berlin wieder zu entspannen, wird es nicht die eine Maßnahme geben, die alles löst. Sei es der Schutz der Mieter*innen, der Neubau von kostengünstigen Wohnungen, der Stopp der Verdrängung von Kleingewerbe oder die Möglichkeit, Wohnungen zu tauschen und so verdeckten Mietsteigerungen zu

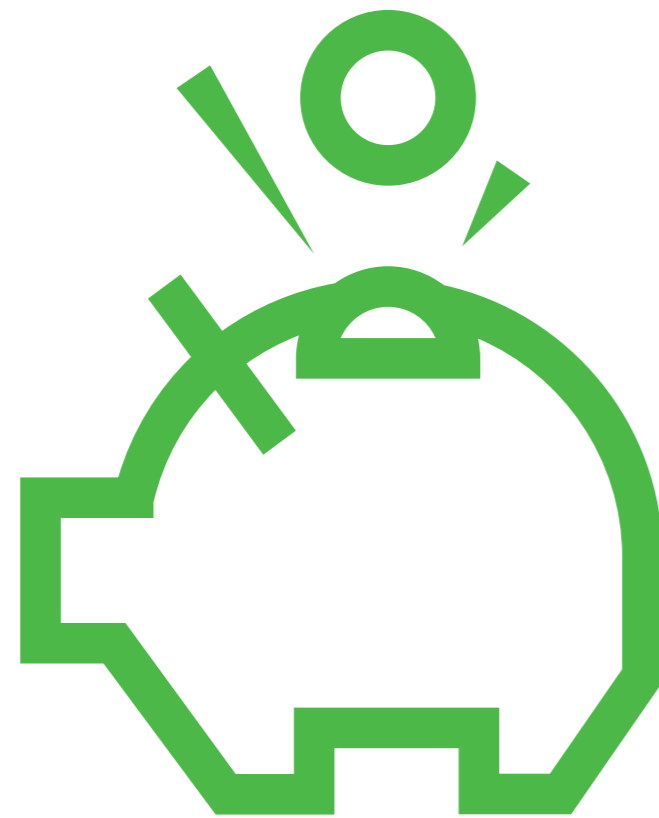
entgehen – all das muss gleichzeitig angegangen werden. Rot-Rot-Grün hat in der ersten Hälfte der Legislatur schon vieles angestoßen. Jetzt gilt es, diese Maßnahmen und Vereinbarungen vor Ort umzusetzen und zu verstärken.

Mehr Infos zu den wohnungspolitischen Maßnahmen hier:
<https://gruenlink.de/1kr>

- ✓ **MILIEUSCHUTZGEBIETE SEIT 2016 VERDOPPELT.**
- ✓ **ZWECKENTFREM-DUNGSVERBOTS-GESETZ VERSCHÄRFT.**
- ✓ **NEUBAU VON 30.000 UND KAUF VON 10.000 WOHNUNGEN DURCH LANDESEIGENEN WOHNUNGSBAU-GESELLSCHAFTEN IN 5 JAHREN.**
- ✓ **28 HÄUSER UND 2.500 WOHNUNGEN DURCH VORKAUFRECHT GESICHERT.**
- ✓ **MEHR WOHNUNGEN FÜR EINKOMMENS-SCHWACHE.**
- ✓ **MIETSTEIGERUNGEN BEI LANDESEIGENEN WOHNUNGEN AUF MAXIMAL 2 PROZENT BEGRENZT.**
- ✓ **KOSTENLOSE MIETERBERATUNGEN IN DEN BEZIRKEN.**
- ✓ **KOSTENLOSER RECHTSSCHUTZ FÜR MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN.**

INVESTIEREN IN DIE STADT VON MORGEN

WIE DER ROT-ROT-GRÜNE HAUSHALT
BERLIN VERÄNDERT



Viel zu lang hieß es in Berlin: Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Das jahrelange Kaputtsparen hat die Stadt ausgeblutet. Berlin braucht eine Kehrtwende. Die rot-rot-grüne Koalition hat deshalb ein Jahrzehnt der Investitionen eingeleitet. Der Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 trägt eine deutliche grüne Handschrift. Rot-Rot-Grün wird weiter Berlins riesigen Schuldenberg abbauen – und gleichzeitig kräftig Geld in die Hand nehmen: für neue Schulen, mehr Personal in den Bezirken, besser ausgestattete Krankenhäuser und vieles mehr. So kann die Stadt endlich wieder aufblühen. Sechs Beispiele.



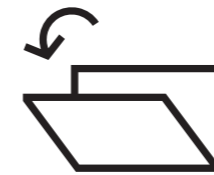
**NEUE SCHULEN
BRAUCHT DAS LAND**

Der Putz blättert von den Wänden, Regen tropft durchs undichte Dach und die Toiletten sind mal wieder verstopft: Berlins Schulen sind in einem desolaten Zustand. Um das zu ändern, nimmt Rot-Rot-Grün in den nächsten Jahren über fünf Milliarden Euro in die Hand. Alte Schulen werden endlich saniert, rund 60 Standorte neu gebaut. Mit dem Paket „Gute Schule“ schafft die Koalition außerdem die Rahmenbedingungen, damit Kinder im Lern- und Lebensort Schule erfolgreich auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden. Besonders wichtig dafür: ausreichend gute Lehrer*innen. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, wird mit fast 60 Millionen Euro der Quereinstieg für angehende Lehrkräfte erleichtert und verbessert. Auch die sogenannten Brennpunktschulen bekommen in Zukunft mehr Personal und Unterstützung. Außerdem entwickelt Rot-Rot-Grün den Ganzttag weiter und schafft ab 2019 die Bedarfsprüfung ab. Zum flächendeckenden Ausbau der IT-Betreuung an den Berliner Schulen stehen im Doppelhaushalt 2018/19 zusätzlich 10 Millionen Euro bereit.

Berlin ist bunt und vielfältig! Damit das auch so bleibt, wurden die Mittel für Antidiskriminierungs- und Queer-Politik auf grüne Initiative deutlich aufgestockt. Viele der im Koalitionsvertrag verankerten queerpolitischen Vorhaben konnten so schon im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Die finanziellen Weichen sind unter anderem für eine Inter*Trans*Beratungsstelle, eine Fachstelle Queere Bildung, ein Opferhilfeangebot für von Gewalt betroffene lesbische Frauen und einen Preis für lesbische Sichtbarkeit gestellt. Außerdem hat Berlin seit dem letzten Jahr endlich ein queeres Jugendzentrum. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) erhält fünf zusätzliche Mitarbeiter*innen und einen Mittelaufwuchs um über 60 Prozent. Auch die bei der LADS eingestellten Mittel für die Initiative Sexuelle Vielfalt werden verdoppelt.



**MEHR GELD FÜR
WENIGER DISKRIMINIERUNG**



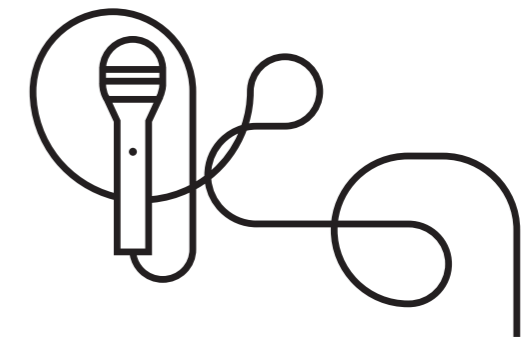
**STARKE BEZIRKE
FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT**

Berlins Charme zieht viele Menschen an, die Stadt bleibt ein Sehnsuchtsort. Gleichzeitig gibt es immer wieder Kritik an der „failed city“. Und es stimmt: Vieles funktioniert noch nicht in Berlin. Eine der größten Herausforderungen für Rot-Rot-Grün ist es deshalb, die Stadt endlich richtig zum Laufen zu bringen. Berlin braucht eine starke und moderne Verwaltung, die flexibel und schnell auf Anforderungen reagieren kann. Nach Jahrzehnten des Kaputtsparens der Verwaltung hat Rot-Rot-Grün beim Personal die Trendumkehr geschafft: Für die Hauptverwaltung auf Landesebene wurden 2018 rund 3.500 zusätzliche Stellen und Beschäftigungspositionen eingeplant und finanziert, für 2019 weitere 1.750. Die Berliner Bezirke bekommen zusätzliche Personalmittel in Höhe von 60 Millionen Euro für beide Jahre zur Verfügung gestellt, um den gestiegenen Personalbedarf zu finanzieren. Während es in der Vergangenheit oft hieß, die Bezirke müssten den Gürtel noch enger schnallen, hat die rot-rot-grüne Koalition sie deutlich gestärkt. So werden etwa die bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatungen ausgebaut. Für kostenlose Mieterberatungen stellt das Land jedem Bezirk 100.000 Euro zur Verfügung. Außerdem bekommen alle Bezirke Freiwilligenagenturen.

**FRAUENPOLITIK
AUF SICHERE BEINE STELLEN**



Im Doppelhaushalt 2018/19 stellt die Koalition deutlich mehr Gelder für Frauenpolitik bereit. Viele Initiativen erhalten eine bessere Förderung und können dadurch neue Projekte umsetzen. Außerdem werden spezielle Beratungsangebote für Frauen mit Behinderungen sowie zusätzliche Angebote für psychisch erkrankte und suchtmittelabhängige Frauen abgesichert und mehr Unterkünfte für wohnungslose Frauen geschaffen. Alleinerziehende Mütter sollen künftig in allen Berliner Bezirken Anlaufstellen vorfinden, wo sie individuelle Beratung und Unterstützung bekommen. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Koalition auf den Kampf gegen Gewalt an Frauen: Die Ausgaben steigen hier um mehr als ein Viertel auf 10,5 Millionen Euro 2018 und 10,7 Millionen Euro 2019. Finanziert werden davon unter anderem 30 zusätzliche Plätze in Schutzeinrichtungen für Frauen sowie die Einrichtung einer Fachstelle Cyberstalking.



**DIE KULTURHAUPTSTADT
BLÜHT AUF**

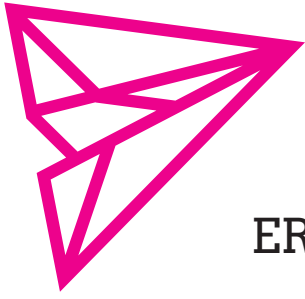
Künstlerische und kreative Freiräume zu sichern und neu zu schaffen, zählt gerade in einer wachsenden Stadt wie Berlin zu den wichtigsten Aufgaben von Kulturpolitik. Gleiches gilt auch für die dringend notwendige Sanierung vieler städtischer Kulturimmobilien. Die rot-rot-grüne Koalition hat dafür rund 60 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, davon 20 Millionen für den sogenannten Ankauffonds. Mit dem Erwerb vom Radialsystem V durch das Land wurde bereits ein wichtiger Kultur- und Veranstaltungsort für Berlins freie Tanz- und Neue Musik-Szene langfristig gesichert. Auch Berlins vielfältige und lebendige Freie Szene wird unter Rot-Rot-Grün gestärkt. So kämpften die vielen künstlerischen Festivals in Berlin bisher jedes Jahr aufs Neue um ihre Existenz. Auf grüne Initiative gibt es nun einen Festivalfonds, der für Planungssicherheit sorgt. Von den rund 8 Millionen Euro pro Jahr profitieren etablierte Veranstaltungen wie Berlin Biennale und Art Week, die Fête de la Musique, 48h Neukölln oder das Performing Arts Festival. Aber auch Newcomer haben eine Chance: Sie können sich um eine vierjährige Förderung bewerben.

**GESUNDHEIT UND PFLEGE
STÄRKEN**

Von der Geburt bis ins Pflegeheim – beim Thema Gesundheit darf niemand allein gelassen werden. Für eine gute Versorgung müssen aber Kranken- und Altenpfleger*innen fair bezahlt werden und Krankenhäuser wie Pflegeheime ordentlich ausgestattet sein. Unter Rot-Rot-Grün steigen die verfügbaren Mittel für Investitionen in Krankenhäuser deshalb von 109 Millionen Euro 2017 auf 140 Millionen Euro im Jahr 2018 und auf 160 Millionen 2019. Es gibt mehr Geld für Notfall-Ausrüstungen und in den Geburtskliniken werden Baby-Lotsen etabliert. Neu sind die Clearingstelle für Menschen mit unklarem Krankenversicherungsstatus und ein Fonds für anonymisierte Behandlungsscheine. Auch bei der Pflege nimmt Rot-Rot-Grün mehr Geld in die Hand: Die vom Land finanzierten Pflegestützpunkte bekommen jeweils eine zusätzliche Personalstelle. Das ermöglicht mehr Hausbesuche, interkulturelle Beratung und Information zu neuen, digitalen Hilfsmitteln. Außerdem werden die Fachstelle für pflegende Angehörige, das Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und andere Einrichtungen finanziell gestärkt. Für die Ausbildung in der Pflege wird ein Umlagefonds über 1,6 Millionen Euro geschaffen.



Antje Kapek und Silke Gebel, Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, haben dafür gesorgt, dass der Berliner Haushalt eine starke grüne Handschrift trägt.



GRÜN GEHT'S WEITER...

ERFOLGSMELDUNGEN AUS DER GRÜNEN REGIERUNGSARBEIT

In Berlin tut sich was! Ob in den Bezirken, im Parlament oder in der Regierung: Bündnis 90/Die Grünen gestalten Berlin und bringen die Stadt voran. Auf www.berlingruent.de haben wir über 150 grüne Erfolge, angestoßene und bereits umgesetzte Projekte zusammengetragen. Die Liste wird laufend aktualisiert und ergänzt. Hier ein kleiner Vorgeschmack.

SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG AUF DEM WOHNUNGSMARKT

In Berlin dürfen weder Kopftuch noch Kippa oder Rollstuhl ein Nachteil bei der Wohnungssuche sein. Wir wollen eine vielfältige Stadt, in der sich alle Menschen in allen Stadtteilen wohlfühlen können. Deshalb haben wir eine Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingerichtet.

NEUES TOURISMUSKONZEPT FÜR BERLIN BESCHLOSSEN

Berlin hat mehr zu bieten als nur das Brandenburger Tor und Partymachen in Kreuzberg. 2018 hat der Senat unter grüner Federführung ein neues Tourismuskonzept für Berlin vorgelegt. Ziel ist ein stadtverträglicher und nachhaltiger Tourismus, der nicht nur dem nächsten Besucherrekord hinterherrennt und die Bezirke nicht mit den Folgen des Massentourismus alleine lässt.

FEUERWEHR UND RETTUNGSDIENSTE GESTÄRKT

Die Berliner*innen haben ein Recht auf schnelle Hilfe im Notfall. Dafür investieren wir in ca. 100 neue Fahrzeuge für Feuerwehr und Rettungsdienste allein in den Jahren 2018 und 2019. Über 100 neue Feuerwehr- und Rettungsleute werden in dieser Zeit zusätzlich eingestellt.

HILFE FÜR WOHNUNGSLOSE UND OBDACHLOSE MENSCHEN IN BERLIN

Die Zahl der Menschen, die in Berlin obdachlos sind, wächst immer mehr. Wir machen uns für die Ärmsten der Armen stark. Für die Modellprojekte „Duschbus“ und Krankenheilwohnung für Obdachlose stehen im Doppelhaushalt 2,25 Millionen Euro bereit. Die Kältehilfe wird aufgestockt und jedes Jahr um zwei Monate verlängert. Um Wohnungslosigkeit zu vermeiden haben wir die bezirklichen sozialen Wohnhilfen mit 2,4 Millionen Euro gestärkt.

MODELLPROJEKT FÜR HIV-PRÄVENTION

Berlin soll Vorreiterin im Bereich der HIV-Prävention werden. Rot-Rot-Grün hat deshalb einen Checkpoint zur Prävention, Beratung, Diagnostik und Behandlung insbesondere für schwule Männer eingerichtet und ein Modellprojekt zur kostenlosen Vergabe der Präexpositionsprophylaxe (PrEP) an Geringverdienende gestartet.

LIEFERVERKEHR NACHHALTIG GESTALTEN

Wir erproben eine neue Form innerstädtischer Paketlogistik: Seit 1. Juni 2018 testen die fünf größten Paketdienstleister Deutschlands die Auslieferung mit Cargobikes. An einem zentralen Umschlagplatz werden die Sendungen auf Lastenräder umgeladen und so auf der letzten Meile sauber und leise transportiert. Cargobikes sind besonders in dicht besiedelten Stadtteilen eine nachhaltige Alternative: Sie sind wendig, klimafreundlich und verursachen nur sehr geringe Lärmemissionen.

SANIERUNGSSTAU BEENDET: NEUE BRÜCKEN BRAUCHT DAS LAND

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Berliner Infrastruktur auf Verschleiß gefahren. Diesen Sanierungsstau bauen wir jetzt ab. Die Stadt braucht endlich funktionierende Straßen, Brücken, Geh- und Radwege. Die Trendwende ist eingeleitet: Unter Rot-Rot-Grün wird die Berliner Infrastruktur beschleunigt saniert. Für die Jahre 2018 und 2019 stehen dafür 104 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wird der Personalbestand deutlich erhöht, um mehr Projekte planen und durchführen zu können.

MEHR TIERSCHUTZ FÜR BERLIN

Rot-Rot-Grün stärkt den Tierschutz in der Hauptstadt: Berlin hat nun erstmals eine hauptamtliche Tierschutzbeauftragte. Für Tierschutzorganisationen und Bürger*innen wurde so endlich eine Ansprechpartnerin und eine beratende Stimme in allen Fragen des Tierschutzes geschaffen. Außerdem haben wir einen Tierschutzbeirat ins Leben gerufen, der die Senatsverwaltung berät und ihre Arbeit durch eigene Anregungen fördert und unterstützt.



**LUST AUF MEHR?
DANN SCHAU VORBEI AUF
WWW.BERLINGRUENT.DE**